

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Frank Balzer (CDU)

vom 01. November 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. November 2022)

zum Thema:

Zukunft der Abschiebehafteinrichtung in Berlin-Lichtenrade

und **Antwort** vom 14. November 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. Nov. 2022)

Herrn Abgeordneten Frank Balzer (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/13772
vom 01. November 2022
über Zukunft der Abschiebehafteinrichtung in Berlin-Lichtenrade

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Personen werden aktuell als Gefährder in Berlin registriert/geführt?

Zu 1.:

Die Anzahl der als Gefährder eingestuften Personen in den Bereichen der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) –links- und der PMK –rechts- bewegt sich im unteren einstelligen Bereich.

Die Anzahl der als Gefährder eingestuften Personen im Bereich der PMK -religiöse Ideologie- bewegt sich im mittleren zweistelligen Bereich.

2. Wie viele Gefährder befinden sich in der Abschiebehafteinrichtung (Gefährdergewahrsam) im Kirchhainer Damm 64-66 in Berlin-Lichtenrade?

Zu 2.:

Mit Stand vom 7. November 2022 sind zwei Personen in der Abschiebungshafteinrichtung für Gefährder Berlin (AHEG BE) inhaftiert, welche die Kriterien für Unterbringung in dieser Einrichtung erfüllen.

3. Bei wie vielen Gefährdern gibt es Stellungnahmen des Landes- oder Bundeskriminalamtes, die eine Gefährdung der Öffentlichkeit bestätigen?

Zu 3.:

Dem Senat liegen keine Stellungnahmen im Sinne der Fragestellung vor.

4. Bis wann läuft der Mietvertrag für die Abschiebehafteinrichtung in Berlin-Lichtenrade?

Zu 4.:

Die Überlassungsvereinbarung hinsichtlich der ehemaligen Jugendarrestanstalt Berlin-Brandenburg, Kirchhainer Damm 64-66 in 12309 Berlin ist derzeit bis zum 21.09.2023 vereinbart worden.

5. Ist eine Verlängerung des Mietvertrages geplant? Wenn nein, warum nicht?

Zu 5.:

Die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport befinden sich derzeit in Verhandlungen mit der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung hinsichtlich einer Verlängerung der Überlassungsvereinbarung.

Berlin, den 14. November 2022

In Vertretung

Torsten Akmann

Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport